



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

13. Dezember 2024
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Nach dem Sturz des syrischen Diktators: Die größte Gefahr für Frieden und Freiheit ist der anhaltende Machtkampf der Großmächte!

Nach 54 Jahren ist das Regime der Familie Assad in Syrien zusammengebrochen. Viele hatten gedacht, diese Diktatur wäre so mächtig, dass sie sich ewig halten würde. Doch hinter der Fassade war das Regime vollkommen morsch. In der Bevölkerung hatte es schon lange jede Unterstützung verloren. Seine Unterstützer im Ausland (Russland, Iran, die Hisbollah) sind geschwächt. Und am Ende hat selbst die Armee und der Großteil des Staatsapparates Assad fallen gelassen. Es brauchte nur noch einen kleinen Stoß und schon fiel das Regime in sich zusammen.

Seitdem geht die Bevölkerung auf die Straße. Sie hat die Gefängnisse gestürmt, die Gefangenen befreit und die Akten öffentlich gemacht, die die Folter und das Martyrium der hunderttausenden Gefangenen des Regimes belegen. Viele Familien haben erst so erfahren, dass ihre verhafteten Angehörigen nicht mehr leben. Andere konnten ihre Lieben in die Arme schließen, die 20 oder 30 Jahre lang in den Kerkern Assads lebendig begraben gewesen waren.

In dieses Folterregime wollten deutsche Politiker, allen voran CDU und AfD, in den letzten Jahren immer wieder syrische Geflüchtete zurückschicken – mit dem Argument, dass es dort ja „sicher“ wäre! Und nun versetzen sie die syrischen Geflüchteten erneut in Angst und Unsicherheit. Assad war kaum gestürzt, da forderten die ersten Politiker bereits ihre Ausweisung. Und Deutschland und die meisten anderen EU-Länder hatten nichts Eiligeres zu tun, als alle Asylverfahren für Syrer zu stoppen. Dabei weiß niemand, wie es in Syrien weitergeht.

Die bewaffnete Miliz, die die Macht erobert hat, verspricht zwar freie Wahlen und demokratische Rechte. Und ihr Anführer, der bei Al-Kaida in der Lehre war, verspricht Respekt und Freiheit auch für religiöse und ethnische Minderheiten. Doch das sind Worte. Und es wäre sehr gefährlich, ihnen zu vertrauen. Die islamistische Miliz hat bereits meh-

rere Jahre in Nordsyrien regiert und dort ebenfalls Proteste niedergeschlagen und rivalisierende Kräfte ausgeschaltet. Und sie stützt sich heute auf große Teile des alten Staats- und Gewaltapparates. Sollen wir wirklich glauben, dass diese Miliz kampfflos das Feld räumen würde, sollte sie bei Wahlen verlieren (wenn sie überhaupt Wahlen organisiert)? Oder dass sie ruhig zusieht, wenn Armut und Wirtschaftskrise zu größeren Streiks und Protesten gegen sie führen?

Solange eine kleine Minderheit an der Macht die Waffen, solange sie Armee, Polizei und Banken in ihren Händen hält, kann sie Vieles versprechen – und morgen schon das Gegenteil tun. Die Taliban haben 2021 auch versprochen, die Rechte der Frauen zu respektieren, insbesondere ihr Recht auf Arbeit und Bildung. Und dann haben sie das Gegenteil getan. Die arbeitende Bevölkerung in Syrien hat also allen Grund, dem neuen Regime nicht zu vertrauen und wachsam zu sein.

Assad war obendrein noch keinen Tag gestürzt, da hat die US-Armee erneut dutzende Bomben in Syrien abgeworfen. Ganz selbstverständlich nehmen sich die USA nämlich das Recht, in Syrien militärisch einzugreifen.

Israel hat den Sturz Assads genutzt, um mit Bodentruppen ins Land vorzürücken. Und es hat ganz Syrien mit großflächigen Bombenangriffen überzogen und dabei die meisten Waffenlager der syrischen Armee zerstört – mit dem erklärten Ziel, dass Syrien ihnen dadurch auf Jahre militärisch ausgeliefert ist.

Hinzu kommt noch der ölfreiche Nordosten Syriens: Hier greifen von der Türkei finanzierte Milizen weiterhin die Gebiete an, die derzeit in den Händen kurdischer Milizen sind und die ihrerseits mehr oder weniger unter dem Schutz der USA stehen.

Und das sind nur die Kämpfe der ersten Tage. Was wird als nächstes kommen?

Die Gefahr ist groß, dass der Krieg um Einflussgebiete erneut aufflammen wird.

Denn die Ursache für den seit 13 Jahren anhaltenden Bürgerkrieg ist noch immer da: Es ist der Konkurrenzkampf um Macht und Einfluss, den sich die imperialistischen Großmächte, allen voran die USA, sowie verschiedene Regionalmächte wie die Türkei, Russland oder der Iran dort liefern und für den alle beteiligten Staaten Milizen ausrüsten.

Es ist derselbe Konkurrenzkampf, der den gesamten Nahen Osten in Brand steckt; der verantwortlich ist für das Massaker in den Palästinensergebieten, den jüngsten Krieg im Libanon, den Krieg im Jemen, den anhaltenden Konflikt im Irak...

Der deutsche Staat steht dabei zwar nicht an vorderster Front. Doch er liefert in großem Stil Waffen an Israel und die Türkei, die in Syrien heute weiter Krieg führen.

Diejenigen, die einen dauerhaften Frieden in Syrien verhindern, die verhindern, dass das Land wieder aufgebaut werden kann, sitzen also auch bei uns, im deutschen Staatsapparat, in den Spitzen der Rüstungskonzerne... und generell in den Machtpositionen einer Wirtschaftsordnung, in der (hauptsächlich westliche) Konzerne die ärmeren Länder ausbeuten und ruinöse Kriege für Öl und Wirtschaftsinteressen führen.

Doch wenn uns die letzten Tage eines wieder vor Augen geführt haben, dann dass keine Diktatur ewig und allmächtig ist – auch nicht die Diktatur des Großkapitals, auch nicht die Diktatur der imperialistischen Staaten und ihrer Konzerne über den Rest der Welt.

Auch ihr kapitalistisches System, das die Welt immer weiter zerrüttet, ist schon lange morsch und kaputt. Die Arbeiterklasse kann es stürzen – unter der Bedingung, dass sie nicht dabei stehen bleibt, Regierungen zu stürzen, sondern sich darauf vorbereitet, als arbeitende Klasse alles selber in die Hand zu nehmen: die Betriebe, die Banken und den gesamten Staatsapparat. Nur so können wirkliche Demokratie und Freiheit für alle entstehen.

Südkorea: der Schatten der Diktatur

Am späten Abend des 3. Dezember hat der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol das Kriegsrecht verhängt und wollte diktatorisch regieren. Schon wenige Stunden später musste er zurückrudern.

Doch die Ereignisse haben eindrücklich vor Augen geführt, welche Gefahr ganz plötzlich von einer vermeintlich demokratischen Regierung ausgehen kann.

Der südkoreanische Präsident ist ein rechter Politiker, der auch vorher schon gerne „hart durchgegriffen“ hat.

Vor etwas über einem Jahr hat er einen gewerkschaftlich organisierten Streik der LKW-Fahrer abgewürgt, indem er ihn einfach für illegal erklärt hat. Kurze Zeit später hat er Vertreter der Bauarbeitergewerkschaft ins Gefängnis geworfen.



Doch im April hat seine Partei die Parlamentswahlen verloren. Die Opposition hat seitdem fast eine Zweidrittelmehrheit, und Präsident Yoon Suk Yeol kann seine Gesetze nicht mehr durchbringen. Deshalb hat er es mit einem Staatsstreich versucht.

Er hat das Kriegsrecht ausgerufen, mit der Begründung, „die pro-nordkoreanischen Kräfte (gemeint ist

die Opposition) auszurotten und die verfassungsmäßige demokratische Ordnung zu schützen“.

Eine vermeintliche Bedrohung durch Nordkorea als Vorwand für Verfolgung und Unterdrückung zu nutzen, ist in Südkorea eine altbewährte Methode aus den Zeiten der Militärdiktatur. Denn was gerne vergessen wird: Nicht nur in Nordkorea, auch in Südkorea hat die Militärdiktatur eine lange Geschichte.

Grund, warum so viele Koreaner mitten in der Nacht spontan auf die Ausrufung des Kriegsrechts reagierten und vor das vom Militär besetzte Parlament zogen... bis der Präsident die Truppen wieder zurückrief.

Seitdem fordern viele Koreaner die Absetzung des Präsidenten. Am 7. Dezember gingen fast eine Million Menschen dafür auf die Straße.

Schützenhilfe bekam der Präsident hingegen von der US-Regierung, die den Staatsstreich als harmlose „Fehleinschätzung“ bezeichnete!

Auch das braucht einen nicht zu wundern. Seit dem Koreakrieg ist der koreanische Staat und insbesondere dessen Armee der treue Vertreter der US-Interessen in der Region.

Ein amerikanischer General steht sogar an der Spitze der koreanischen Armee – der Ar-

mee, die den Präsidenten bei seinem Putschversuch unterstützt hat.

Die Ereignisse sind eine Warnung an uns alle. Sie machen deutlich, dass unter der Oberfläche von Wahlen und Parlament die eigentliche Macht bei den bewaffneten Kräften, bei Militär und Polizei liegt... und wie schnell man mit ihnen die parlamentarische Demokratie in eine Diktatur verwandeln kann.

Der neue VRR-Fahrplan: Noch weniger Züge, aber genauso viel Chaos

Der neue Fahrplan der Bahn, der am 15. Dezember in Kraft tritt, hält in NRW einige böse Überraschungen bereit: Mehrere S- und Regionalbahnen im dicht besiedelten Rheinland und Ruhrgebiet wurden komplett gestrichen. Andere fahren deutlich seltener – oder nicht mehr abends, nachts oder am Wochenende. Und das gerade im Nahverkehr, auf den so viele jeden Tag angewiesen sind, um zu ihrer Arbeit, Schule oder Ausbildung zu kommen.

Sie rechtfertigen ihre Streich-Orgie damit, dass 300 Lokführer fehlen. Jede 10. Stelle ist nicht besetzt. Daher könnten sowieso nicht alle Züge fahren. Und bevor die Züge kurzfristig ausfallen, wäre es doch besser, sie einfach gar nicht mehr fahren zu lassen, dann wäre der Fahrplan wenigstens verlässlich (schlecht).

Wie schlaue! Erst bauen sie jahrelang Stellen bei der Bahn ab und bilden kaum aus. Dann vergraulen sie noch einen Teil der Lokführer durch niedrige Löhne, ständige Überstunden, irrwitzige Schichtpläne, die sie teilweise erst eine Woche vorher erfahren... Und nun haben sie mit dem selbstgeschaffenen „Lokführer-Mangel“ eine perfekte Ausrede, um gleich ganze Verbindungen einzusparen.

Verlässlicher und pünktlicher werden die verbleibenden Züge obendrein trotzdem nicht fahren. Schließlich gibt es ja noch die seit Jahren kaputtgesparte Infrastruktur wie Gleise, Bahnhöfe und die Züge selbst, ausgedünnte Werkstätten, die die kaputten Züge nicht mehr rechtzeitig reparieren können und dann noch die herabfallenden Blätter im Herbst und den Schnee im Winter...

VW: Wie weiter nach den ersten massiven Warnstreiks?

Über 65.000 Arbeitende von VW haben an den zwei Warnstreiks teilgenommen, zu denen die IG Metall aufgerufen hat – über die Hälfte aller, die dort arbeiten!

Es ist eine erste Antwort der Arbeitenden auf die Ankündigung der VW-Bosse, die Werke schließen, zehntausende Arbeitsplätze vernichten und die Löhne um 10-18% kürzen wollen.

Seit dieser Ankündigung wird unter den Kollegen so viel diskutiert wie noch nie.

Alle fragen sich, was jetzt auf sie zukommen könnte und welche Absichten der VW-Vorstand verfolgt.

Es wird auch über die empörenden Fakten diskutiert, die viele bis dahin gar nicht wussten: Angefangen damit, dass allein die Familie Porsche-Piëch, der VW zur Hälfte gehört, in den letzten vier



Jahren 10 Milliarden Euro Dividende aus dem Unternehmen herausgezogen hat.

Und vor allem fragen sich viele, was man jetzt tun kann: Was die Gewerkschaft fordern sollte. Ob das Vorgehen der IG-Metall-Führung richtig ist, die von sich aus Lohnverzicht angeboten hat – und auf „Verständigung am Verhandlungstisch“ setzt. Oder ob man nicht unbefristet in den Streik treten müsste, wenn man überhaupt eine Chance haben will, die Angriffe abzuwehren.

Ausgehend von diesen Diskussionen haben einzelne Bereiche und Gruppen von Arbeiterinnen und Arbeitern Transparente gemalt, mit der Botschaft „streik-bereit“, die sie auf den Warnstreiks und bei Betriebsversammlungen zusammen mit entsprechenden Sprech-Chören hochhalten: eine Botschaft an die VW-Bosse und an die Führung der IG Metall.

Eigentlich sollten alle Arbeitenden, die sich wehren wollen, gemeinsam darüber diskutieren und entscheiden, ob und wie sie streiken wollen – und auch, was sie fordern.

Stattdessen entscheidet über all das einzig die Gewerkschaftsführung. Eine Gewerkschaftsführung, die oben-dreien seit Jahren so eng mit den VW-Bossen zusammenarbeitet, dass sie oft selber mehr aus der Sicht eines Unternehmers als eines Arbeiters denkt und handelt.

Nach dem Tod von Mouhamed Dramé: Die Justiz beschützt ihre Polizei

Im Gerichtssaal kam es zu wütenden Protesten, nachdem das unfassbare Urteil verkündet wurde: Die fünf Polizisten, die den 16jährigen Mouhamed Dramé einfach so mit einer Maschinenpistole niedergeschossen hatten, wurden allesamt freigesprochen.

Der junge Flüchtling hatte im Hinterhof der Flüchtlingseinrichtung gehockt und ein Messer gegen sich selbst (!) gerichtet. Weil er selbstmordgefährdet war, riefen die Betreuer die Polizei. Doch diese versuchten nicht etwa, den Jungen zu beruhigen oder psychologische Hilfe zu holen. Nein, sie richteten sofort eine Maschinenpistole auf ihn und sprühten ihm Pfefferspray ins Gesicht. Als er daraufhin aufsprang und wegzulaufen versuchte, erschossen sie ihn mit einer Salve von 5 Kugeln.

Trotz allem hat das Gericht ernsthaft geurteilt, die Polizisten hätten sich korrekt verhalten!

Dieses Urteil ist kein Einzelfall. Wenn Polizisten im Dienst willkürlich Gewalt ausüben oder gar töten, werden sie eigentlich immer freigesprochen und bleiben im Dienst. Die Herrschenden brauchen die Polizei, um in den Arbeiter- und Armenvierteln für „Ordnung“ zu sorgen, wo all die Folgen von Armut, Krieg und Unsicherheit aufeinandertreffen – und so die Reichen vor diesen Problemen abzuschirmen. Zum Dank dafür dürfen sie mit dem Schutz der herrschenden Justiz rechnen, wenn sie mal wieder ein bisschen „über die Stränge schlagen“.

Was ist wirklich ein Verbrechen: einen Privatjet mit Farbe zu besprühen – oder ihn zu besitzen?

Zwei junge Umwelt-Aktivistinnen haben auf Sylt einen Privatjet einfach nur mit Farbe besprüht. Doch dafür sind sie nun zu einem halben Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden!

Auf die „Reichen-Insel“ Sylt kommen regelmäßig Millionäre mit ihrem Privatflugzeug aus Frankfurt oder Hamburg herübergefliegen, um ein paar nette Tage in ihrer Villa zu verbringen. Schließlich kann man ja nicht mit dem gemeinen Volk im Linienflugzeug oder gar der Bahn sitzen!

Immer wieder prangern Umweltaktivist*innen an, wie viel klimaschädliches CO₂ allein durch diese dekadenten, überflüssigen Privatjets verursacht wird. Und zwischen 2019 und 2023 ist deren CO₂-Ausstoß sogar noch einmal um 46% gestiegen. Doch nicht etwa die Besitzer der Privatjets werden für dieses Verbrechen an der Menschheit und dem Planeten ins Gefängnis gesteckt, sondern die Klima-Aktivistinnen, die mit einer Spray-Dose darauf aufmerksam machen.

Thyssenkrupp: eine Kriegserklärung an alle Arbeitenden

Die Ankündigungen von Thyssenkrupp sind eine regelrechte Kriegserklärung an die Arbeiterinnen und Arbeiter: Mehrere Anlagen sollen geschlossen werden, von den 27.000 Arbeitsplätzen sollen 5.000 vernichtet und 6.000 in Subfirmen (mit schlechteren Bedingungen) ausgelagert werden. Es betrifft also fast jeden zweiten Arbeitsplatz!

Und dann stellt sich der Vorstand von Thyssenkrupp noch hin und erklärt, dies alles geschehe einzig zur Sicherung der Zukunft und der Arbeitsplätze von morgen.

Empört blockierten am nächsten Vormittag 150 Azubis spontan eines der zentralen Werkstore und ließen zwei Stunden lang kein Fahrzeug rein oder raus. Die Polizei versuchte ihnen zu erklären, dass ihre Aktion „nicht rechtens“ sei und sofort beendet werden müsse.

Tausende Arbeitende zu entlassen, das ist rechtens – aber sich dagegen zu wehren nicht? Das sahen die Azubis anders. Sie blieben, überzeugt, dass man diesen krasen Angriff nicht stillschweigend hinnehmen darf.



Sie wissen, warum sie Angst vor uns Arbeitern haben

Die Polizei war übrigens schon vor der Protestaktion da. Vorsorglich hatte sie sich vom frühen Morgen an mit mehreren Einsatzfahrzeugen vor dem Werksgelände positioniert. Offensichtlich hatte die Werksleitung Sorge, wie die Stahlarbeiter auf die Stellenvernichtungspläne reagieren würden.

Die Kapitalisten sind sich (im Gegensatz zu uns Arbeitern) sehr bewusst, dass ihre brutalen Angriffe und ihre Arroganz irgendwann zu Wutausbrüchen und spontanen Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeitern führen werden. Und vor diesem Moment fürchten sie sich – zu Recht!

Orange Fox Bike: Ukrainische und russische Arbeiter streiken gemeinsam

Seit mehreren Wochen sind die Beschäftigten der Tourismusfirma Orange Fox Bike in Paris im Streik. Sie verlangen einen Arbeitsvertrag und einen Mindestlohn. Das Besondere an dem Streik ist: Viele Beschäftigte sind Ukrainer und Russen, und sie kämpfen dort Seite an Seite für ihre Rechte.

Orange Fox Bike droht, sie wegen Schwarzarbeit anzuzeigen, weil einige von ihnen keine Papiere haben – was im schlimmsten Fall dazu führen könnte, dass sie nach Russland oder in die Ukraine zurückgeschickt werden, wo Gefängnis oder Krieg auf sie wartet.

Ukrainische und russische Arbeitende sitzen also im gleichen Boot. Und sie haben entschieden, sich ihrem Ausbeuter gemeinsam entgegenzustellen und all die nationalistischen Vorurteile beiseite zu schieben, mit denen Russen und Ukrainer seit fast drei Jahren gegeneinander aufgehetzt werden.

Milliardäre: Die Krisen machen sie reich

Das Vermögen der Milliardäre auf der Welt hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt! Die 2.682 Milliardäre besitzen mittlerweile über 13,3 Billionen Euro.

In diesen zehn Jahren hat die Menschheit eine Pandemie durchlebt, eine Explosion der Energie- und Lebensmittelpreise, was Teile der Weltbevölkerung in eine Hungersnot gestürzt hat und nicht zuletzt immer großflächigere und mörderischere Kriege.

Doch für die Großkapitalisten war all dies vor allem eine „gute Gelegenheit“. Sie haben Aktien von Rüstungsfirmen gekauft, haben an der Börse auf Gas oder Getreide spekuliert und so die Preise in die Höhe getrieben...

Diese Superreichen konnten sich so inmitten all dieser Katastrophen so schnell und stark bereichern wie noch nie. Und das ist das Einzige, was für sie zählt.

Heute sind diese Parasiten die herrschende Klasse – diejenigen, die dank ihres Reichtums über die Unternehmen und die Politik auf der Welt bestimmen.

Doch erinnern wir uns: Vor über 300 Jahren lebte in Frankreich der sogenannte Sonnenkönig. Er ließ sich das pompöse Schloss von Versailles bauen und lebte mit seinem Hofstaat immer luxuriöser, indem er den Rest der Bevölkerung immer weiter aussaugte.

Die Bevölkerung hungerte, alles wurde marode und verfiel. Bis nur ein paar Jahrzehnte später die einfache Bevölkerung aufstand und den König, den dekadenten Adel und sein ganzes System in einer Revolution hinwegfegte.

So kann es gehen...

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!